



Pressemappe

Präsentation der Ergebnisse der
wissenschaftliche Forschung zum Thema

„Arbeitsausbeutung und Menschenhandel in Österreich“

von
Mag.^a Marta Lidia Dubel

14. Oktober 2024
10.00 Uhr
Jour fixe-Saal des Kollegs St. Michael
Habsburgergasse 12
1010 Wien

P. Josef Wonisch

Provinzial der Salvatorianer in Österreich und Rumänien

Ein herzliches Grüß Gott Ihnen allen, die Sie zum Pressegespräch zu uns nach St. Michael gekommen sind, wo wir Salvatorianer seit 1923 leben und wirken.

„Die salvatorianischen Gemeinschaften in Österreich (Frauen und Männer) setzen sich seit vielen Jahren mit den vielfältigen Formen der modernen Sklaverei – dem Menschenhandel – auseinander. Sexuelle Ausbeutung und Arbeitsausbeutung sind in Europa und natürlich auch in Österreich an der Tagesordnung. – Durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Aktionen machen wir die Bevölkerung schon seit Jahren auf dieses Verbrechen, das in unserer Gesellschaft gern totgeschwiegen wird, aufmerksam. Auch hilft SOLWODI im Rahmen einer Schutz-wohnung im Raum Wien Betroffenen Frauen.

Warum Förderung einer wissenschaftlichen Arbeit?

Doch Menschenhandel ist ein komplexes und oft unsichtbares Verbrechen, das vielfältige Formen annehmen kann, wie Zwangsarbeit, sexuelle Ausbeutung und Organhandel.

Deshalb erschien es uns wichtig, eine wissenschaftliche Untersuchung zu diesem Thema zu fördern. Wissenschaftliche Untersuchungen helfen dabei, das Ausmaß und die verschiedenen Erscheinungsformen von Menschenhandel zu verstehen.

Wissenschaftliche Untersuchungen zum Menschenhandel sind entscheidend für das Verständnis seiner Ausprägungen und das Entwickeln von Präventions- und Interventionsstrategien. Sie liefern belastbare Daten, die für fundierte politische und rechtliche Maßnahmen unerlässlich sind. Forschungsergebnisse ermöglichen es, Muster und Trends aufzudecken, wie beispielsweise betroffene Bevölkerungsgruppen und Risikofaktoren. Dies unterstützt die Entwicklung zielgerichteter Schutzmaßnahmen für gefährdete Gruppen. Zudem tragen wissenschaftliche Erkenntnisse dazu bei, das Bewusstsein für Menschenhandel zu schärfen und die Öffentlichkeit zu informieren. Informationen über die Bedürfnisse und Erfahrungen der Opfer sind zudem wertvoll für die Gestaltung effektiver Unterstützungs- und Rehabilitationsprogramme, um die Lebensumstände der Betroffenen zu verbessern.

Das Stipendium

Wir haben nun im Juni 2022 nach den Feiern zur Seligsprechung unseres Gründers, Franziskus Jordan, beschlossen, ein zweijähriges Stipendium von € 12.000,-- zum Thema Menschenhandel zu vergeben, damit die wissenschaftliche Forschung zum Thema gefördert wird. Die Hälfte des Betrages bekamen wir von privaten Sponsoren, von der Wirtschaftstreuhandgesellschaft Unitas Solidaris und von der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Kuhn. Wir freuen uns, dass wir es an Frau Marta Lidia Dubel vergeben konnten, die am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien eine Dissertation zu „Arbeitsausbeutung und Menschenhandel in Österreich“ gemacht hat. Die Ergebnisse wird sie uns und der größeren Öffentlichkeit jetzt vorstellen.

Wir gratulieren herzlich und sind schon sehr gespannt auf Ihre Erkenntnisse.
Danke!

Kurzbiografie Mag.^a Marta Lidia Dubel

Marta Lidia Dubel widmete sich ihrem Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der renommierten Universität Wien. Seit über einem Jahrzehnt ist sie tief in die komplexe und herausfordernde Thematik des Menschenhandels, sowohl für sexuelle Ausbeutung als auch für Arbeitsausbeutung in Europa, eingetaucht. Diese intensive Beschäftigung mit dem Thema war der ausschlaggebende Grund, weswegen sie beschloss, ihre Dissertation spezifisch über Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in Österreich zu verfassen. Während ihrer akademischen Laufbahn wurde sie von den angesehenen Professoren, Univ.Prof. Dr. Ayse Caglar und Uni.Prof. Mag. Dr. Hermann Mückler, am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie unterstützt und betreut.

Ihr tiefes Interesse an diesen Themenfeldern entsprang ihren direkten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Gemeinschaften und Einzelpersonen, die von gravierenden Menschenrechtsverletzungen betroffen sind oder waren. Bereits während ihres Studiums beschäftigte sie sich eingehend mit den vielschichtigen Facetten der Menschenrechte. Mit bemerkenswerter Leidenschaft untersuchte sie die Ursachen und Konsequenzen von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Faktoren, insbesondere Zwangsarbeit, Menschenhandel und der Ausbeutung von Arbeitskräften in unserer modernen Welt.

In ihrem Forschungsprojekt setzt sie sich intensiv mit den prekären Arbeitsbedingungen auseinander, denen MigrantInnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Österreich ausgesetzt sind. Zudem interessierte sie sich stark dafür, wie es möglich ist, dass Arbeitgeber oft ungestraft davonkommen. Ihre Untersuchung widmete sich zudem der kritischen Frage, wie es dazu kommen konnte, dass unsere Gesellschaft es mittlerweile als „normal“ betrachtet, dass unsere Welt voll von Produkten und Dienstleistungen ist, die unter Zwangsbedingungen hergestellt oder angeboten werden.

Mag.^a Marta Lidia Dubel

„Migration und Arbeitsausbeutung in Europa: Ein komplexes Zusammenspiel“

In den letzten Jahren ist das Thema Migration nach Europa zu einem der wichtigsten und komplexesten Themen geworden, das weitreichende soziale, wirtschaftliche und politische Auswirkungen hat. Täglich berichten Medien über die sogenannte "Massenmigration", die Europa erreicht, und deren vermeintlich negative Folgen für den Staat und die Zukunft. Auch politische Debatten kommen kaum ohne Verweise auf Migration und Asyl aus. In dieser Diskussion werden oft zahlreiche Faktoren für die Zunahme der Migration genannt, darunter Konflikte in Regionen wie dem Nahen Osten, Nordafrika und der Ukraine sowie wirtschaftliche Gründe und der Klimawandel. Laut dem renommierten Migrationsexperten Hein de Haas hat die Gesamtzahl der Migration jedoch nicht zugenommen. Vielmehr wird das Thema zunehmend von Populisten und fast allen politischen Parteien instrumentalisiert und die Migration mit Schlepperei und Kriminalität gleichgesetzt.

Die Politik der Panik

Diese "Politik der Panik" schürt die Wahrnehmung, dass Millionen von Flüchtlingen nach Europa strömen und die politischen und sozialen Systeme bedrohen. Diese Rhetorik schafft einen fruchtbaren Boden für negative Assoziationen mit Migration und den Migranten selbst. Oft ist von "illegaler" Migration die Rede, und Bilder von Migrant:innen in Schlauchbooten auf dem Weg nach Europa werden gezeigt. Dabei kommen die meisten Migrant:innen legal nach Europa. Durch restriktive Aufenthaltspolitiken werden einige jedoch zu "undokumentierten" Migrant:innen, obwohl sie jahrelang in Ländern wie Österreich gearbeitet und sich integriert haben.

Restriktionen und Arbeitsmarkt

Restriktive Visa-Politiken und erschwerte Arbeitsmarktzugänge schaffen eine Anzahl von undokumentierten Migrant:innen, die in der Schattenwirtschaft arbeiten. Diese Restriktionen seien laut de Haas "bewusste Bemühungen der Regierung und Unternehmen, um billige Arbeitskräfte zu beschäftigen". Der globale Arbeitsmarkt erfordert Bewegungen von Arbeitnehmer:innen und Unternehmen. Unternehmen suchen nach kostengünstigeren Produktionsstandorten und Arbeitskräften. Doch diese Bewegungen bringen auch Herausforderungen für Migrations- und Arbeitsrecht sowie gesellschaftliche Veränderungen mit sich. Politische Entscheidungsträger sind gefordert, neue Gesetze zu entwickeln, die den Schutz der Menschenrechte wahren.

Arbeitsausbeutung: Ein vielschichtiges Problem

Der Zusammenhang zwischen Migration und Arbeitsausbeutung ist komplex. Aufgrund ihres prekären Rechtsstatus sind viele Migrant:innen anfällig für Ausbeutung. Dabei spielen Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede und mangelnde Kenntnisse der Arbeitsrechte eine Rolle. Arbeitgeber:innen können diese Lage ausnutzen und Migrant:innen zu langen Arbeitszeiten bei niedrigen Löhnen zwingen. Die restriktiven Arbeitsrechte und Visa-Politiken tragen erheblich zu diesen Praktiken bei.

Staatliche Verantwortung und soziale Ungerechtigkeit

Die staatliche Verantwortung für soziale Ungerechtigkeit erfordert, dass Regierungen systemische Ungleichheiten angehen. Dazu gehört die Förderung von Sozialgerechtigkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Wenn Staaten versäumen, allen Arbeitnehmer:innen gleiche Rechte unabhängig ihrer Herkunft zu gewähren, tragen sie zur Ausbeutung bei.

Menschenrechte und Arbeitsmigranten

Menschenrechte und die Rechte von Arbeitsmigrant:innen überschneiden sich im Völkerrecht. Migrant:innen sind oft Opfer von Ausbeutung und Diskriminierung. Die Gewährleistung ihrer Rechte erfordert einen umfassenden Ansatz und internationale Standards, wie das Internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Arbeitsmigrant:innen.

Die österreichische Situation

Österreich ist wie viele europäische Länder von Arbeitskräftemangel betroffen, insbesondere im Tourismus und Gastgewerbe. In der Landwirtschaft sind viele Arbeitskräfte aus dem Ausland beschäftigt. Saisonarbeitsvisa sind auf neun Monate begrenzt und an den Arbeitgeber gebunden. Die Rot-Weiß-Rot Karte schafft ebenfalls Abhängigkeiten. In Österreich ist die Arbeitsausbeutung von Migranten ein wachsendes Problem. Viele Arbeitnehmer sind in prekären Beschäftigungsverhältnissen ohne ausreichenden Rechtsschutz. Die informelle Wirtschaft und unzureichende Gesetze tragen zur Ausbeutung bei. Österreich bemüht sich um Gesetze, die die Rechte von Arbeitsmigranten schützen sollen, doch die Anpassung an die Herausforderungen der Zeit bleibt eine Aufgabe.

Empfehlungen zur Verbesserung der Situation

Um die Situation zu verbessern, sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Der Schutz von Arbeitsmigranten muss in der Arbeitsgesetzgebung verankert werden.
- Mindestlohn und Sozialversicherungsbeiträge müssen garantiert werden.
- Reform des Arbeitsaufsichtssystems zur Überwachung der Arbeitsbedingungen.
- Integration von Saisonarbeitern am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.
- Unterstützung von Gewerkschaften und NGOs.
- Schnelle Anerkennung ausländischer Qualifikationen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ausbeutung der Arbeitskraft in Europa ein komplexes Phänomen ist, das grundlegende Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit untergräbt. Eine konzertierte Anstrengung auf nationaler und internationaler Ebene ist notwendig, um menschenwürdige Arbeit für alle zu gewährleisten und die Würde der Arbeitnehmer zu schützen.

Sr. Maria Schlackl SDS

Gründerin und Leiterin der Initiative: Aktiv gegen Menschenhandel – aktiv für Menschenwürde

Dass Frauen- und Mädchenhandel global und lokal ein sehr verdecktes und zugleich riesengroßes, kriminelles Geschäftsfeld ist, ließ uns Salvatorianerinnen schon vor Jahren aufhorchen und aktiv werden. Das Ausmaß an sexueller Ausbeutung von Frauen und Mädchen ist katastrophal und Menschenhandel ständig im Wachsen, wie auch Brigadier Gerald Tatzgern vom BKA feststellt: **Der Menschenhandel im 21. Jahrhundert ist der am finanzkräftigsten und am schnellsten wachsende Zweig organisierten Verbrechens überhaupt!** (im Journal-Panorama, Wien 17.8.2021 Ö1; bestätigt am 18.10.2023)

Da können und dürfen wir nicht zur Tagesordnung übergehen, wo MENSCHEN-WÜRDE derart missachtet wird! Was unseren Teil bei SOLWODI angeht, geben wir Frauen, die von Zwangsprostitution und Menschenhandel betroffen sind Schutz in einer Wohnung, wenn sie von ihren Zuhältern loskommen oder mit Unterstützung aus einem Bordell flüchten können; weiters bieten Sozialarbeiterinnen Beratung, in den unterschiedlichsten Fragestellungen, die nach dem Ausstieg auftauchen. Eine weitere wichtige Säule ist die Bewusstseinsbildung und Präventionsarbeit! Der Markt und die Nachfrage ist das große Problem, europaweit und auch in Österreich! Darauf muss hingewiesen und aufmerksam gemacht werden! Ein Umdenken ist dringend notwendig!

Sowohl SOLWODI als auch die Salvatorianer sind seit Anbeginn Mitglieder der Plattform gegen Ausbeutung und Menschenhandel; diese wurde 2015 gegründet. Die Plattform dient der Vernetzung von Organisationen und Expertinnen, dem Informationsaustausch und dem Erarbeiten von Vorschlägen zur Prävention von Menschenhandel.

Erst vor wenigen Wochen wurde eine Podiumsdiskussion organisiert, zum Thema „STRUKTURELLE HÜRDEN BEIM ARBEITSMARKT-ZUGANG – NÄHRBODEN FÜR AUSBEUTUNG UND MENSCHENHANDEL?“

Wenn Sie diese (oder andere) Inhalte gerne nachlesen möchten, können Sie dies gerne tun, und zwar auf der Website der Plattform: <https://www.gegenmenschenhandel.at/>

Ansprechpartner:

Robert Sonnleitner
Pressesprecher der Salvatorianer

0664/210 32 69

presse@salvatorianer.at

www.salvatorianer.at

www.salvatorianerinnen.at

www.ware-mensch.at

<https://www.gegenmenschenhandel.at/>